

WIR SIND EUROPA



EUROPA | SALON

EIN PROJEKT DES **EUROPAVEREIN GPB e.V.**

SPECIAL „NACHDENKEN ÜBER EUROPA“



PROF. DR. WINFRIED BÖTTCHER

Mitglied und Wissenschaftlicher Beirat des Europaverein GPB e.V..

INTRODUKTION

Als Russland im Jahre 2014 die Krim „zurück nach Russland holte“, hat es nicht nur das Völkerrecht, sondern auch mitunterschiedene, internationale Verträge, z. B. die der KSZE-Schlussakte 1975, die Charta von Paris 1990, das Budapester Memorandum 1994, die NATO-Russland-Grundakte 1997, verletzt. Das weiß auch Russland.

EIN KRIEG UM DIE UKRAINE

IST MÖGLICHERWEISE UNVERMEIDBAR

HINFÜHRUNG

Als Russland im Jahre 2014 die Krim „zurück nach Russland holte“, hat es nicht nur das Völkerrecht, sondern auch mitunterschiedene, internationale Verträge, z. B. die der KSZE-Schlussakte 1975, die Charta von Paris 1990, das Budapester Memorandum 1994, die NATO-Russland-Grundakte 1997, verletzt. Das weiß auch Russland.

Dennoch hat es den Schritt getan und damit den Westen herausgefordert, der hilflos mit Sanktionen reagierte. Die Gründe für Russlands politisches Handeln liegen tief in der russisch-europäischen Vergangenheit.

Hier ist nicht der Ort auf das Auseinanderdriften zwischen dem Westen und Russland, beginnend mit dem Untergang des West-Römischen 476 n. Chr. und des Ost-Römischen Reiches 1453 n. Chr., einzugehen. Festhalten kann man jedoch, dass seit diesen umwälzenden Ereignissen auch eine ideologisch unterschiedliche Entwicklung begann.

EIN EREIGNIS WILL ICH HERVORHEBEN.

Es geht um die altrussische Kiewer Rus im 9./10. Jahrhundert, ein Zusammenschluss der ostslawischen Stammesverbände, der Poljanen, Dewljanen, Krivitschen, Woltynier und anderen.

Dieses Ereignis habe ich deshalb herausgegriffen, weil es im kollektiven Gedächtnis der Russen noch heute eine Rolle spielt. So halte ich es für einen Fehler des Westens, nämlich, sich bei einer Annäherung an die Ukraine ahistorisch verhalten zu haben. Der Westen hätte in seinen Beziehungen zur Ukraine die Tatsachen berücksichtigen müssen, dass diese nicht nur an Russland grenzt und ca. 70 Jahre Teil Russlands war. Für Russland ist die Ukraine kein Land wie jedes andere.

Als durchgängiger weiterer Fehler war, insbesondere nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, ein fehlender Respekt. Schon Bismarck wusste, Russland müsse mit Respekt behandelt werden (vgl. Bismarck, Mai 1888).

Seit Peter dem Großen (1672-1725) und in seiner Nachfolge Katarina die Große (1729-1746) ist das Schicksal Russlands mit Europa und umgekehrt das Schicksal Europas ebenso eng mit dem Schicksal Russlands verbunden. Gegenseitig sind wir auf gute Nachbarschaft angewiesen, da weder Russland die Europäische Union noch diese Russland dominieren kann. Noch besser wäre es, einen Gedanken von Marc Aurel (121-180), dem Philosophenkaiser Roms, einem Vertreter der Stoa, aufzugreifen, dass sich Russland und die anderen europäischen Länder zueinander verhalten wie die Häuser einer Stadt.

DIE LAGE IM APRIL 2021

Die Machtdemonstration Russlands an der ukrainischen Grenze macht uns erschreckend klar, wie zerbrechlich der Friede auch heute in Europa ist. Der Ausspruch Willy Brandts (1913 – 1992) gilt unverändert: „Friede ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts!“

Nur mit einer strategischen, auf Vertrauen beruhenden Partnerschaft mit Russland können wir unser im Ganzen erfolgreiches Modell eines friedlichen Nachkriegseuropas weiter ausbauen. Europa braucht Russland gleichermaßen wie Russland Europa braucht.

So richtig diese Überlegungen auch sind, so weit sind wir von einer politischen Umsetzung entfernt. Das Abkommen von Minsk vom 12. Februar 2015 hat sechs Jahre die Spannungen im Donbass zwar recht und schlecht verwaltet, jedoch nicht zur Lösung des Konflikts beigetragen. Man hat den Konflikt eingefroren geregelt ohne die Ursachen zu beseitigen.

Nur diese hätte den Konflikt lösen können.

Nach der Warnung Russlands vom April 2021 stehen wir wieder mehr oder weniger in einem Freund-Feind-Denken alten Stils, in einer psycho-logischen Erstarrung wie bei der Annexion der Krim durch

Russland im Jahre 2014. Der Unterschied sieben Jahre später ist aber gravierend und gefährlicher. Damals wäre Russland wahrscheinlich bereit gewesen, weitestgehend Zugeständnisse in der Ost-Ukraine zu machen. Allein die Isolation Russlands wegen der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim bot dem Westen eine gute Verhandlungsposition. Heute ist die Position des Westens ungleich schwieriger und auch gefährlicher, weil dem Druck aus Russland nur mit Gegendruck geantwortet werden kann.

Dies führt geradezu automatisch in eine nicht zu beherrschende Eskalation.

Die Ausgangslage, in der wir uns befinden, wirft eine Reihe von Fragen und deren Beantwortung dann auf, wenn man von dem Wunsch aller Beteiligten an der Möglichkeit einer friedlichen Lösung ausgeht. Obwohl dies nach Lage der Analyse angezweifelt werden darf, will ich trotzdem die Konsequenzen aufzeigen, wohin diese ohne Verhaltensänderungen der beteiligten Konfliktparteien führen.

DER WESTEN

Die Reaktion der NATO auf das Ansinnen der Ukraine dieser Organisation beizutreten, war nicht hilfreich und im Sinne einer Konfliktlösung kontraproduktiv. „Die Ukraine wird ein Mitglied der NATO werden, falls es darum bittet, die Standards erfüllt und sich an die notwendigen Prinzipien hält“ (SZ, 24./25./26. 12. 2014). Dies konnte Russland nur als Ankündigung einer Bedrohung auffassen. Der entscheidende Punkt für Russland ist die „Nichtidentifikation“ der Ukraine zu irgendeinem militärischen Bündnis. Für die NATO ist ein Beitritt der Ukraine kein Zugewinn an Sicherheit, es sei denn man sieht Russland als potentielle Gefahr, als Feind an, von dem der Westen sich bedroht fühlt.

Dies wäre aber grundsätzlich falsches Denken, da es im Interesse des Westens liegen muss, Russland einzubinden und nicht auszugrenzen.

In diesem Zusammenhang ist auch die unterschiedliche Interessenlage der EU und der USA zu berücksichtigen. Die USA als der tonangebende Partner in der NATO haben eher ein imperial ausgerichtetes Interesse an der Einbindung der Ukraine. Das Interesse der europäischen Partner besteht dagegen darin, in Europa keine latente Kriegsgefahr, die jederzeit offen ausbrechen kann, zu dulden. Dafür müssen die Europäer offensiv und selbstbewusst ihre Interessen gegenüber den USA vertreten.

RUSSLAND

Nach der Annexion der Krim, die sicher nie mehr rückgängig zu machen sein wird, bedroht Russland die Integrität der Ukraine. Sie unterstützt die Unabhängigkeitsbestrebungen der Donbass-Provinzen Donetsk und Lugansk.

Diese ukrainischen Provinzen hat Russland kürzlich erstmals Republiken (DNR und LNR) genannt, sie anerkannt und auch bereit ist, sie militärisch zu verteidigen. Trotz Abzugs der Truppen nach den jüngsten „Manövern“ steht in der Nähe von Woronesch, ein Tagesmarsch von der Ukraine entfernt, der größte Teil der 41. russischen Armee einsatzbereit (vgl. SZ, 24./25. 4. 2021).

Russland hat bisher über eine halbe Million russischer Pässe ausgestellt. Das sind immerhin schon fast 40 Prozent der Gesamtbevölkerung. Erstmals wurden dieses Jahr an Schulen und Universitäten russische Examina durchgeführt. Diese Entwicklung muss man im Lichte der 2010 verabschiedeten russischen Militärdoktrin beurteilen. Diese erlaubt es den russischen Streitkräften, zum Schutz der im Ausland lebenden Russen zu intervenieren.

Es wäre mehr als naiv, würde man nicht annehmen, Russland betreibe dadurch nicht eine stille Annexion von Gebieten fremden Territoriums.

DIE UKRAINE

Am 23. Dezember 2014 hat das ukrainische Parlament beschlossen, den 2010 verabschiedeten Status der Blockfreiheit aufzugeben, und eine derzeit unrealistische NATO-Mitgliedschaft anzustreben.

Die Revision dieses Beschlusses, damit die Rückkehr zu der alten Formel der Blockfreiheit, nebst einer Erklärung der immerwährenden Neutralität der Ukraine würde Russland den Boden entziehen, die Ukraine weiterhin zu destabilisieren.

Der Westen könnte die ökonomische Integration in die Europäische Union vorantreiben.

Bereits 2004 hatte der russische Präsident geäußert, ein EU-Beitritt der Ukraine sei für Russland kein Problem.

Eine immerwährende Neutralität ist die außenpolitische Voraussetzung zur Lösung des Konflikts. Die Ukraine muss davon überzeugt werden, dass eine Neutralisierung ihres Landes im ureigenen Interesse liegt. Ohne eine Neutralisierung wird es mit Moskau keine Übereinkunft geben. Ohne Neutralisierung wird der Konflikt unterschwellig weiter schwelen und kann jederzeit wieder aufleben. Hier ist Moskau Herr des Verfahrens. Ohne Neutralisierung hat die Ukraine keine Zukunft. Nach einer Neutralisierung dagegen wird die Ukraine sich zu einer prosperierenden Nation in einem positiven Zusammenleben mit ihren Nachbarn entwickeln.

Russland, die USA und die EU garantieren unter der Schirmherrschaft der UNO die Neutralität und territoriale Integrität der Ukraine. Eine solche gemeinsame Garantie wäre der Lackmустest dafür, ob eine Konfliktlösung möglich ist. Es wäre der Lackmустest dafür, wie ehrlich alle beteiligten Akteure eine dauernde Stabilität in dieser Region anstreben. Es wäre der Lackmустest dafür, ob ein für alle Mal das Verhältnis des Westens zu Russland auf eine partnerschaftliche Grundlage gestellt werden könnte, geprägt von Respekt und Augenhöhe.

Der zweite Kern einer neuen ukrainischen Verfassung ist eine weitest gehende Föderalisierung mit weitest gehender Autonomie für ihre Regionen. Die Föderalisierung muss Rücksicht nehmen auf die historische Vergangenheit des Landes, auf die Spaltung in einen eher westlich und einen eher russisch orientierten Teil. Die sogenannten Volksrepubliken im Donbass werden sich keinem Oktroi aus Kiew beugen. Sie müssen an einer neutralen Nationsbildung gleichberechtigt mit ihren Interessen

beteiligt werden, unter der Bedingung des obersten Zieles der territorialen Unversehrtheit der Nation.

Diese sogenannten Volksrepubliken werden weder mit gutem Willen überredet werden können, sich wieder in die zurzeit vorfindliche Ukraine einzugliedern, noch können sie mit Gewalt dazu gezwungen werden. Also bleibt als Lösung nur eine Neuordnung der Ukraine unter Einbeziehung der Ost-Regionen.

In einer solch kurzen Überlegung kann es nicht darum gehen, einen detaillierten Plan für eine Neuordnung der Ukraine vorzulegen. Dies wäre nicht nur eine Selbstüberschätzung und damit völlige Überforderung meinerseits. Unerlässlich erscheint mir doch die Beachtung weniger Grundsätze.

- das Parlament der Ukraine beschließt eine weitgehende Neutralisierung des Landes;
- eine verfassungsgebende Versammlung unter Einbeziehung möglichst breiter Bevölkerungsschichten wird einberufen;
- die Versammlung beschäftigt sich zunächst mit der regionalen Neugliederung des Landes auf der Grundlage der Selbstkoordinierung der Gliedstaaten von unten;
- die vorgeschlagene Neugliederung wird dem Volk zur Abstimmung vorgelegt;
- erst wenn die Gliedstaaten mit einer eigenen Verfassung, ähnlich den deutschen Bundesländern, gebildet sind, werden diese in die Ausarbeitung einer föderalen Gesamtverfassung einbezogen, einer Verfassung nach dem bündischen Prinzip als dem Strukturprinzip von Staat und Gesellschaft.

FAZIT

Nach dieser kurzen Analyse der verfahrenen Situation mit höchst explosiven Spannungspotentialen zwischen Ost und West fehlt fast der Glaube an eine noch friedliche Lösung. Das gemeinsame Interesse muss die Vermeidung eines dritten Weltkrieges sein.

Wenn alle Konfliktparteien ihr Verhalten nicht ändern, weiterhin auf ihren zementierten Positionen beharren, nicht bereit sind, egoistische Machtinteressen dem gemeinsamen Interesse Frieden unterzuordnen, ist die Katastrophe nicht aufzuhalten. Der Westen sollte die Entschlossenheit Russlands nicht unterschätzen, die Ukraine unter seinen Einflussbereich zu zwingen. Russland sollte die Entschlossenheit des Westens, an prominenter Stelle der USA, nicht unterschätzen, eine Annexion des Donbass anstatt mit Sanktionen mit militärischen Gegenmaßnahmen zu beantworten.

Vielleicht gelingt dies noch, wenn wir Idee und Praxis, Vernunft und Vision zu einem Dialog der Übereinstimmung statt wie bisher der Gegensätze verbinden. Dafür müssen aber alle Seiten den Grundgedanken Richelieus (1585-1642) zur Maxime ihres politischen Handelns machen, Politik als Kunst zu verstehen, das Notwendige möglich zu machen. Dieses Notwendige heute ist zu allererst zwischen Ost und West ein Klima des Vertrauens zu schaffen.

VERWENDETE NACHWEISE

Wesentlich beziehe ich mich auf drei meiner Veröffentlichungen, die seit 2014 erschienen sind:

>[Europa und Russland als Nachbarn](#)< in: Eyes of Europe, deutsch-russisch, 21.7.2014

>[Das Ukraine-Experiment](#)< in: Eyes of Europe, deutsch-russisch, 20.1.2015

Vortrag im Rahmen der Karlspreisverleihung 2015 > [Russland und der Westen](#) <, veröffentlicht bei Eyes of Europe, 6.5.2015

Europa 2020 – Von der Krise zur Utopie, Baden-Baden 2021, darin: 2.3 Der Ukraine-Konflikt, S. 34 – 61

In diesen drei Arbeiten gibt es weitere Literaturhinweise.

Bismarck, Otto von, Erlass an den deutschen Botschafter in Wien, Heinrich VII. Prinz zu Reuß, Berlin, 3. Mai 1888, in: Große Politik der Europäischen Kabinette, 6. Bde., Dok. 1340, Berlin 1922

Süddeutsche Zeitung, 24./25./26. 12. 2014, S.6

Süddeutsche Zeitung, 24./25. 4. 2021, S.8